

Memorandum of Understanding

zum „Digital Cluster Bonn“

zwischen

der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht,

dem Bundesamt für Justiz,

dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik,

dem Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit

dem Bundeskartellamt und

der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen,

- zusammen „die Beteiligten“ -

I. Hintergrund

Digitale Dienste, Technologien und Geschäftsmodelle spielen im gesellschaftlichen Alltag wie in den behördlichen Aufgabenfeldern eine wichtige, stetig wachsende Rolle. Durch die Digitalisierung ergeben sich große Möglichkeiten für alle: für Verbraucherinnen und Verbraucher, für die Wirtschaft sowie auch für die Verwaltung. Zugleich sind mit den Chancen auch Risiken verbunden - für den Datenschutz, den Wettbewerb, die Informations- und Cybersicherheit oder den Verbraucherschutz.

Diese Entwicklung, aber auch der digitale Transformationsprozess in der Verwaltung stellt die beteiligten Bonner Bundesbehörden vor Aufgaben, die nicht nur unter dem jeweiligen spezifischen Blickwinkel betrachtet, sondern auch als gemeinsames Anliegen verstanden werden können. Insbesondere angesichts vielfältiger neuer Vorgaben in den Bereichen Daten- und Plattformregulierung sowie angesichts der Herausforderungen der Binnendigitalisierung der Behörden scheint eine engere Vernetzung im Digitalbereich geboten, die auf den existierenden Arbeitsbeziehungen der beteiligten Behörden aufbaut, zugleich aber ein höheres Maß an behördlicher Zusammenarbeit und konsistenter Rechtsanwendung im Digitalbereich sichert.

II. Zielsetzung und Beteiligte

Mit diesem Memorandum of Understanding (MoU) wird die Initialisierung des „Digital Cluster Bonn“ als Forum der kontinuierlichen und vertrauensvollen Zusammenarbeit im Digitalbereich angestrebt.

Angesichts sich ergänzender Aufgaben wollen die Beteiligten:

- die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin),
- das Bundesamt für Justiz (BfJ),
- das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI),
- der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (BfDI),
- das Bundeskartellamt (BKartA) und
- die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (BNetzA),

unbeschadet ihrer jeweiligen Aufgaben und Befugnisse ihre Zusammenarbeit in Digitalfragen intensivieren.

Das „Digital Cluster Bonn“ ist offen für die Beteiligung weiterer Bundesbehörden mit Sitz in Bonn, die Aufgaben im Digitalbereich wahrnehmen.

Das „Digital Cluster Bonn“ dient insbesondere der verstärkten Zusammenarbeit im Digitalbereich durch Ermöglichung eines Informations- und Erfahrungsaustausches, unter anderem

- zur effektiveren Aufgabenwahrnehmung durch Bündelung von Fachwissen / Ressourcen,
- zur Schaffung von Synergien z.B. durch effizientere behördliche Rechtsdurchsetzung unter Nutzung des kollektiven Fachwissens des Digital Clusters und
- zu Fragen der Binnendigitalisierung.

III. Formen und Grundsätze der Zusammenarbeit

Die Zusammenarbeit richtet sich insbesondere auf folgende Aspekte:

- Informationsaustausch über Entwicklungen im Digitalbereich (auf nationaler oder internationaler Ebene), die von gemeinsamem Interesse sind;
- Wissenstransfer zur Unterstützung der Ausübung der jeweiligen Aufgaben der Beteiligten,
- Austausch zu behördeninternen Digitalisierungs Herausforderungen und -projekten,
- Entwicklung gemeinsamer Sichtweisen zur Förderung kohärenter Ansätze zur Rechtsanwendung im Digitalbereich,

Die Zusammenarbeit erfolgt in themenbezogenen (ad-hoc) Kooperationsgruppen auf Arbeitsebene. Zudem können durch gemeinsame öffentliche Veranstaltungen (wie zum Beispiel Workshops) oder bi- bzw. multilaterale Positionspapiere Themen von gemeinsamem Interesse konkretisiert werden.

Die Zusammenarbeit auf Leitungsebene soll einmal jährlich im Rahmen einer Jahreskonferenz der Behörden stattfinden. Neben den oben genannten Aspekten dient die Jahreskonferenz auch der Identifizierung etwaiger konkreter Zusammenarbeitsbedarfe sowie der Vorstellung und Evaluierung der erfolgten Kooperation. Es ist geplant, dass die Jahreskonferenz rotierend von einer anderen Behörde auf deren Kosten ausgerichtet wird. Zeitpunkt und thematische Ausrichtung der Jahreskonferenz werden in gegenseitigem Einvernehmen festgelegt.

Die Beteiligten vereinbaren, Pressemitteilungen und sonstige Öffentlichkeitsarbeit zur Zusammenarbeit im Rahmen des Digital Clusters vorab zwischen den Beteiligten abzustimmen.

Bei bi- bzw. multilateralen Veröffentlichungen ist deutlich zu machen, dass es sich um Projekte der jeweils individuell beteiligten Behörden und nicht des gesamten Clusters handelt. In diesen Fällen werden die anderen Beteiligten des Clusters vorab über bi- bzw. multilaterale Veröffentlichungen informiert.

Die Beteiligten benennen jeweils einen Ansprechpartner in ihrer Behörde („Sherpa“), der für alle organisatorischen Fragen im Sinne dieser Vereinbarung zur Verfügung steht.

IV. Laufzeit und Evaluierung

Drei Jahre nach Unterzeichnung soll eine Evaluierung der im MoU getroffenen Vereinbarungen, einschließlich der Verfahren und Abläufe erfolgen. Es ist vorgesehen, die Laufzeit des MoU nach Ablauf der drei Jahre um weitere drei Jahre zu verlängern, sofern die Evaluierung dem nicht entgegensteht.

Ungeachtet der vorgesehenen Laufzeit kann jede unterzeichnende Behörde durch schriftliche Mitteilung an die weiteren Beteiligten die Zusammenarbeit im Rahmen dieses MoU beenden. Änderungen und Ergänzungen dieses MoU bedürfen der Schriftform.

Diese MoU hat für die Beteiligten keine rechtlich bindende Wirkung.

Anlage

Liste der Ansprechpartner der Beteiligten

Bonn, den 15.Januar 2024

Bundesanstalt für
Finanzdienstleistungsaufsicht
Der Präsident

Bundesamt für Justiz
Die Präsidentin

Bundesamt für Sicherheit in
der Informationstechnik
Die Präsidentin

Der Bundesbeauftragte für den
Datenschutz und die
Informationssicherheit

Bundeskartellamt
Der Präsident

Bundesnetzagentur
Der Präsident
